

Appenzellerland

Nachgefragt «Das verbindet natürlich»

Heute um 20 Uhr werden in Brülisau im Gasthaus Rössli wie jeden letzten Samstag im Monat traditionelle «Ratzliedli» gesungen. Was man darunter versteht, erklärt der «Rössli»-Inhaber **Jürg Neuenchwander**.

Was sind Ratzliedli?

Das ist schwierig zu erklären, für mich sind Ratzliedli alte und vergessene Lieder, welche man früher am Tisch zusammen gesungen hat. Dementsprechend weitläufig ist das Themenspektrum.



«Rössli»-Inhaber Jürg Neuenchwander Bild: PD

Über welche Themen wird gesungen?

Beliebte Inhalte sind das Appenzellerland und die Alphütten. Viele Lieder hat man im Kopf, ansonst kann man auch das Sammelbuch zu Hilfe nehmen. Was man im Buch nicht finden kann, sind die Melodie. Diese entstehen meist aus bunt zusammengewürfelten Stimmen und Instrumenten.

Wie steht es heute um diese Tradition?

Leider hat das Ratzliedli-Singen viele aktive Mitglieder verloren. Doch erfreulicherweise versuchen Beizen den Brauch wieder zum Leben zu erwecken.

Interessieren sich auch junge Leute für den Brauch?

Es kommen auch Junge zu unseren Anlässen. Oft werden die Ratzliedli von Generation zu Generation weiter gegeben. Das verbindet. Uns freut es immer, wenn sich unsere Gäste an die Tische dazusetzen und mitsingen.

Können sich auch Leute von ausserhalb dafür erwärmen?

Ich habe schon begeisterte Sängerinnen und Sänger aus der ganzen Schweiz angetroffen, die nur wegen dem Ratzliedli-Singen den Weg nach Brülisau auf sich genommen haben. Unser Ziel ist es, gemütlich miteinander zusammen zu sitzen und gemeinsam in den Genuss der Tradition zu kommen. (mic)

ANZEIGE



Bauernpräsident wehrt sich

Tierwohl Dass der Appenzeller Tierschutzverein eine Kastrationsaktion einzig und allein für Bauernhofhunde lanciert, stört den Ausserrhoder Bauernpräsidenten. Er spricht von Unterstellungen.

Roger Fuchs
roger.fuchs@appenzellerzeitung.ch

Als der Ausserrhoder Bauernpräsident Ernst Graf-Beutler gestern morgen die Appenzeller Zeitung las, hat er sich genervt. So gut gemeint die vom Appenzeller Tierschutzverein lancierte Kastrationsaktion für Bauernhofhunde sein mag, mit dieser Aktion würden dem Bauernstand Dinge unterstellt, die durch nichts belegt seien. Konkret greift Graf-Beutler die Aussage auf, wonach auf Bauernhöfen ungewollte Welpen kurz nach der Geburt auf wundersame Art verschwinden würden, beispielsweise durch Tötungen. Gemäss dem Bauernpräsidenten wird auf den Höfen sowohl zu den Kühen als auch zu Hunden oder Katzen gut geschaut. «Dass es unter den Bauern einzelne schwarze Schafe gibt, bezweifle



Der Ausserrhoder Bauernpräsident weist den Vorwurf von grundlosen Welpentötungen seines Berufsstandes zurück.

Bild: APZ

«Der Bauernverband wird intern nicht für die Kastrationsaktion des Appenzeller Tierschutzvereins werben.»



Ernst Graf-Beutler
Bauernpräsident AR

ich nicht», so Ernst Graf-Beutler. Sollte der Tierschutz Fälle belegen können, müsste man die Gelegenheit natürlich anschauen. Gleichzeitig gebe es aber auch Situationen, in denen eine Tiertötung als richtig erachtet werden müsse – beispielsweise, wenn ein Tier nach der Geburt sehr schwach sei oder nicht der Rassenzucht entspreche.

Dass mit der Kastrationsaktion der Appenzeller Tierschutz das Problem von ungewollten

Jungtieren angehen will, wird im Grundsatz für sinnvoll beurteilt. Kein Verständnis zeigt der Ausserrhoder Bauernpräsident allerdings dafür, dass diese Aktion auf Hofhunde beschränkt sein soll. «Auch in anderen Privathaushalten gibt es Leute, die froh wären um eine finanzielle Unterstützung.» Unterschwellig werde mit der Fokussierung auf die Bauernhofhunde gesagt, dass die Landwirte ihre Arbeit nicht recht machen würden und der Tierschutz

nun dabei helfen müsse. Für Ernst Graf-Beutler steht fest: Man wird intern nicht für diese Tierschutzaktion werben.

Subventionen oder Almosen

Angesichts der Subventionen wie auch der aktuellen Unterstützungsabsicht durch den Appenzeller Tierschutzverein stellt sich die Frage, ob sich die Bauern nicht allmählich als Almosenempfänger vorkommen? Ernst Graf-Beut-

ler antwortet differenziert: Was die Landwirtschaft vom Staat erhalte, seien Abgeltungen für Leistungen, welche die Bauern zugunsten der Öffentlichkeit erbringen würden. Die Aktion des Tierschutzes laufe eher in Richtung Almosen. Wobei der Bauernpräsident nicht bestreiten will, dass es unter den über 600 Ausserrhoder Landwirtschaftsbetrieben durchaus solche gibt, welche mit Liquiditätsproblemen zu kämpfen haben.

Streit um die Altersvorsorge

Parlament National- und Ständerat werden sich in der Frühjahrsession mit der Zukunft der ersten und zweiten Säule beschäftigen. Auch Vorstösse der Ausserrhoder Bundesparlamentarier kommen zur Sprache.

Am Montag beginnt die Frühjahrsession der eidgenössischen Räte. Während dreier Wochen stehen die verschiedensten Vorlagen auf der Traktandenliste. Aus regionaler Sicht von besonderem Interesse ist die Motion von Nationalrat David Zuberbühler, die voraussichtlich behandelt wird. Der Vorstoss könnte Appenzell Ausserrhoden einen zweiten Sitz in der grossen Kammer bringen. Konkret will Zuberbühler den Bundesrat beauftragen, das Verteilungsverfahren für die 200 Nationalratsitze auf die Kantone anzupassen. Demnach soll bei der Berechnung der ständigen Wohnbevölkerung ausschliesslich jener Teil berücksichtigt werden, dem die politischen Rechte auf Bundesebene zustehen. Mit der heutigen Lösung profitieren dagegen Kanto-

ne mit einem hohen Ausländeranteil. Ein Schwerpunktthema wird im Nationalrat das Massnahmenpaket «Altersvorsorge 2020» sein. Damit sollen die Finanzierungsprobleme in der AHV und der beruflichen Vorsorge gelöst werden.

Das Geschäft befindet sich in der Differenzbereinigung zwischen den beiden Räten. «Sollte das Parlament keinen gutschweizerischen Kompromiss erzielen, droht der gesamten Vorlage das gleiche Schicksal wie der Unternehmenssteuerreform III», sagt Zuberbühler. Umstritten ist etwa die Frage, wie die Rentenverluste ausgeglichen werden können, die durch die Senkung des Mindestumwandlungssatzes in der zweiten Säule entstehen. Konkret geht es um einen Rentenzuschlag von 70 Franken für Neurentner und

eine Anpassung des Plafonds für Ehepaarrenten auf 155 Prozent. Weitere Streitpunkte betreffen unter anderem die Erhöhung der Mehrwertsteuer und ein An-



Das Bundeshaus.

Bild: APZ

spruch auf Witwen- und Kinderrente zur AHV-Rente.

Finanzierung des regionalen Personenverkehrs

Das Thema «Altersvorsorge 2020» beschäftigt auch die kleine Kammer. Der Ausserrhoder Ständerat Andrea Caroni will sich für eine Reform einsetzen, welche die Altersvorsorge langfristig sicher finanziert (Rentenalter 65 für alle, Schuldenbremse, Umwandlungssatz sechs Prozent), modernisiert (Teilzeit, flexibles Rentenalter) und dort abfedert, wo Bedürfnisse da sind (tiefe Einkommen, Frauen). Letzteres soll seiner Ansicht nach aber nicht mit der Giesskanne geschehen, wie dies der Ständerat vorschlägt. Gemäss diesem Modell würden alle Neurentner 70 Franken im Monat mehr bekommen, auch

wenn sie keine Einbussen haben. Dieser Vorschlag würde bei der AHV zu noch roteren Zahlen führen, sagt Caroni. Auf der Traktandenliste steht auch sein Postulat, worin der Bundesrat beauftragt wird, eine umfassende Strategie zur politischen Bildung zu entwickeln. Auch zwei Interpellationen, die Caroni im Dezember eingereicht hat, sind noch hängig.

Für Regionen wie das Appenzellerland wichtig ist ein anderes Traktandum. So werden die Ständerätinnen und Ständeräte in den nächsten drei Wochen über die Finanzierung des regionalen Personenverkehrs für die Jahre 2018 bis 2021 beraten und entscheiden müssen.

Jesko Calderara
jesko.calderara@appenzellerzeitung.ch